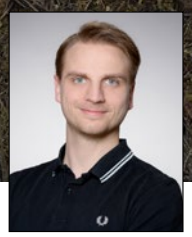
Die Linke
Fraktion in der BVV Pankow

Ausgabe 01/2026

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Bezirksamt überrascht vom Handeln des Senats

Bericht aus der 35. und 36. Tagung der BVV Pankow

Bei winterlichem Wetter kam die BVV am Abend des 28. Januar zur ersten Sitzung des neuen Jahres zusammen. Zu Beginn der Sitzung hatten wir Fragen zur Deponie Arkenberge und einer möglichen Planung einer olympischen Mountainbikestrecke. Das Bezirksamt zeigte sich auf unsere mündliche Nachfrage überrascht darüber, dass Arkenberge durch den Senat ohne Absprache in das Grobkonzept „Berlin+“ für die Bewerbung beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) aufgenommen wurde. Für uns ist klar, dass solche Überlegungen frühzeitig, transparent und gemeinsam mit Bezirk und Anwohnenden beraten werden müssen.
Im weiteren Verlauf setzte sich Erfreuliches durch. Unser Antrag zur flexiblen Unterstützung für Familien (Flexibudget) kam aus den Ausschüssen zurück und wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Das stärkt Prävention und hilft, Unterstützungsleistungen passgenauer zu organisieren. Ebenso positiv fiel die Entscheidung zum Stammesheim des Pfadfinder*innenstamms Plejaden aus. Die BVV stimmte einstimmig zu und bekannte sich damit, begleitet von kräftigem Applaus der zahlreichen Pfadfinderinnen und Pfadfinder im Saal, zu selbstverwalteten Räume und engagierter Jugendarbeit. Abseits dessen verlief die Sitzung ruhig – abgesehen von zwei erstaunlich langen Debatten darüber, in welche Ausschüsse einzelne Anträge überwiesen werden sollen.
Werfen wir nun noch den Blick zurück auf die 35. Sitzung am 10. Dezember. In dieser fand unser Dringlichkeitsantrag zur Sicherung der Pratergalerie breite Zustimmung und auch unser Antrag für Aussteigerprogramme für Jugendliche aus rechten Gruppierungen fand eine Mehrheit. Leider gibt es auch unerfreuliches zu berichten: Nachdem im Gleichstellungsausschuss eine Kürzung bei Gewaltschutz- und Gleichstellungsprojekten Grün-Schwarz-Gelb und SPD bestätigt worden war, wurde nun auch unser Antrag zum Schutz Pankows sozialer Infrastruktur, den wir im Sommer eingebracht hatten, endgültig abgelehnt.
Damit sendet die BVV widersprüchliche Signale: Einerseits werden Anträge für Sozial- und Jugendprojekte angenommen, gleichzeitig hält die Zählgemeinschaft aus CDU, Grünen und FDP aber an ihrem Kürzungskurs fest und stellt damit den Fortbestand zahlreicher Projekte in Frage.
Wir sehen, es gibt auch im neuen Jahr einiges, worum wir kämpfen müssen.

Bezirksamt lässt traditionsreiche Galerie im Stich

Die Zukunft der Pratergalerie, seit Jahrzehnten eine etablierte kulturelle Einrichtung mit bezirklicher Bedeutung, ist unklar. Der Grund: Das Bezirksamt hat es versäumt, einen verbindlichen Nutzungsvertrag mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) abzuschließen.
Dieses Verhalten ist nicht nur kulturpolitisch verheerend, sondern auch rechtlich bedenklich. Nach dem Bezirksverwaltungsgesetz dürfen bezirkliche Einrichtungen nicht ohne Beteiligung der BVV aufgegeben oder geschlossen werden. Doch genau darauf läuft das Nichthandeln des Bezirksamts faktisch hinaus.
Wir haben daher einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der das Bezirksamt auffordert, unverzüglich einen Vertrag mit der BIM abzuschließen, um den Fortbestand der Galerie zu gewährleisten. Mitarbeitende, Förderstrukturen und die kulturelle Öffentlichkeit sind in Unsicherheit. Der zuständige CDU-Stadtrat teilte mit, dass er in dieser Angelegenheit nicht aktiv sei. Diese Haltung ist für uns inakzeptabel.
Die Pratergalerie gehört zu Pankow. Ihr Verlust wäre ein kultureller Kahlschlag, den wir nicht hinnehmen dürfen. Das Bezirksamt muss endlich handeln – bevor es zu spät ist (Drucksache IX-1317).

Keine Übertragung hoheitlicher Aufgaben an private Sicherheitsdienste – Öffentliche Sicherheit gehört in öffentliche Hand

Den Einsatz privater Sicherheitsfirmen für hoheitliche Aufgaben im öffentlichen Raum, insbesondere im Umgang mit obdachlosen und anderen vulnerablen Menschen, lehnen wir ab. Mit dem Ziel mehr Rechtssicherheit, demokratische Kontrolle und den Schutz vulnerabler Gruppen zu erlangen, fordern wir, vollständig auf private Sicherheitsdienste zu verzichten und stattdessen auf qualifizierte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie auf präventive Ansätze, wie Sozialarbeit und Streetwork zu setzen (Drucksache IX-1303).

Gemeinsam für Kinder und Jugendliche – Eine BVV-Sitzung im Jahr für die Anliegen unserer jüngsten Bürger*innen

Wir fordern die Einführung einer jährlichen BVV-Sondersitzung, die sich ausschließlich den Anliegen von Kindern und Jugendlichen widmet. In dieser Kinder- und Jugendlichen-BVV soll das Bezirksamt über die Umsetzung des Aktionsplans der Kinderfreundlichen Kommune und der Berliner Leitlinien berichten, während Fraktionen und Ausschüsse Maßnahmen zur Stärkung von Teilhabe, Bildung, Schutz- und Freizeitrechten beraten. Kinder und Jugendliche sollen dabei selbst mitdiskutieren können (Drucksache IX-1304).

Milieuschutz rund um den Weißen See: Unser Einsatz hat gewirkt

Von Fred Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Soziale Erhaltungsgebiete – auch „Milieuschutzgebiete“ genannt – bewahren die soziale Zusammensetzung eines Viertels. Sie stellen Luxusmodernisierungen, Zusammenlegungen von Wohnungen, Grundrissänderungen oder Nutzungsänderungen unter Genehmigungsvorbehalt und dämmen so Verdrängung ein. Milieuschutz ersetzt keinen Mieterschutz im engeren Sinne, ist aber ein wirksamer Riegel gegen aufwertungsgetriebene Eingriffe.
Nachdem bereits große Teile Prenzlauer Bergs unter Milieuschutz stehen, konnten wir das nun auch für Weißensee erreichen: Pankow weist drei neue Milieuschutzgebiete aus – „Am Weißen See“, „Weißensee West“ und „Weißensee Ost“. Damit setzen wir ein starkes Signal für den Verbleib der Menschen in ihren Kiezen und wirken Verdrängungen durch Mieterhöhungen entgegen.
Dieser Erfolg kam nicht von allein. In den ersten Untersuchungen hatte das beauftragte Büro die Gebiete viel zu klein gefasst, Eigentumsverhältnisse wurden unvollständig berücksichtigt und ausgerechnet der Denkmalschutz wurde streckenweise als ausreichender Schutz gegen Mieterhöhungen und Modernisierungen gewertet. Das stimmt so nicht: Denkmalschutz schützt Baukultur – nicht automatisch vor aufwertungsbedingten Eingriffen oder Mietsteigerungen. Wir haben im Fachausschuss widersprochen, nachgehakt und nachgewiesen, wo die Annahmen nicht tragen. Als Ergebnis unserer Intervention wurde das Gutachten überarbeitet, der Verdrängungsdruck höher eingeschätzt und der Geltungsbereich deutlich erweitert – nahezu der gesamte Raum, den wir beantragt hatten, ist jetzt umfasst. So wird Milieuschutz dort wirksam, wo er gebraucht wird: in den Quartieren am und um den Weißen See muss die Aufwertungsdynamik gebrochen werden.
Konkret bedeutet das, dass Umbauten, die Wohnraum über einen verträglichen Standard verteuern oder verkleinern, künftig eine Genehmigung benötigen – und auch untersagt werden können.
Doch der Milieuschutz wirkt nur, wenn er auch konsequent angewendet und kontrolliert wird. Wir setzen uns für klare Prüfkriterien, ausreichend Personal in den Ämtern, gute Information der Mieter*innen und ein regelmäßiges Monitoring ein. Wo weitere Gebiete unter Druck stehen, werden wir prüfen und nachziehen. Wir wollen ganz Pankow als lebenswerten Bezirk mit gemischten Kiezen erhalten – mit leistbaren Mieten, verlässlichem Schutz vor Verdrängung und einem handlungsfähigen Bezirk, der an der Seite der Mieter*innen steht.

Von Maria Bigos, Fraktionsvorsitzende und Kinder-und Jugenpolitische Sprecherin

Obdachlose Familien mit Kindern: Ein System am Limit

Im April 2025 hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus zusammen mit den Linksfraktionen in den Bezirken eine koordinierte Anfrage zur Unterbringung von Familien und Kindern in Obdachlosenunterkünften gestellt. Bereits die ersten Antworten aus Pankow zeichneten ein alarmierendes Bild. Das Thema löste ein Presseecho aus; auch der Deutschlandfunk berichtete. Denn Hochrechnungen zu Folge leben rund 15.000 Minderjährige in Berliner Obdachlosenunterkünften. 17 Prozent davon sind Säuglinge und Kleinkinder unter vier Jahren.

Das ist kein vorübergehendes Phänomen. Die Verweildauer liegt zwischen zwei bis fünf Jahren – in Pankow durchschnittlich bei 38 Monaten. Ein mehrjähriger Aufenthalt steht zum einen im Widerspruch zum ursprünglichen, kurzzeitigen Sinn des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG), nach dem wohnungslose Menschen untergebracht werden. Zum anderen steht er den Anforderungen an das Kindeswohl entgegen.

In den Obdachlosenunterkünften gibt es keine Kinderschutzkonzepte und auch kein spezifisch für Familien mit Kindern und Jugendlichen bereitgestelltes pädagogisches Personal. Beides ist nämlich nicht zwingend vorgeschrieben. Aufgrund der gemischten Unterbringung auf engstem Raum kommt es zu Nutzerkonflikten mit anderen Personengruppen, die oft mit psychosozialen Problemen oder Sucht kämpfen – und für die es in den mehrheitlich privatwirtschaftlich betriebenen Unterkünften ebenfalls zu wenig Unterstützung und Platz gibt.

Durchschnittlich verfügen nur etwa 15 Prozent der Unterkünfte über fest angestellte Sozialarbeitende. Denn auch die sind nicht verpflichtend. In Pankow sind nur an sieben von 25 Standorten Sozialarbeiter*innen und -pädagog*innen tätig. In den 18 weiteren Einrichtungen versuchen sich die weiteren Mitarbeitenden bestmöglich in der sozialen Beratung. Darüber hinaus haben die Betroffenen eine Ansprechperson in der Sozialen Wohnhilfe. Pankow verfügt auch über eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem Sozialamt. Dennoch erhält ein erheblicher Teil der sehr prekär lebenden Familien keine direkte Unterstützung vor Ort und bleibt in den Unterkünften weitgehend auf sich allein gestellt; denn es mangelt an Plätzen, Personal und bedarfsgerechter Ausstattung.

Wer das Kindeswohl ernst nimmt, muss die strukturellen Defizite der Obdachlosenunterbringung entschlossen angehen. Tragfähige Lösungen liegen seit Jahren auf dem Tisch, werden aber nicht umgesetzt. Der Senat lässt die Bezirke und die Betroffenen im Stich. Fehlender und vor allem passender Mietwohnraum ist ein Hauptgrund für diese Situation, aber mit Wohnungen allein wird es nicht getan sein. Wenn die wesentlichen Ursachen für Obdachlosigkeit fortbestehen und soziale Angebote weiter eingespart werden, wird sich die Situation weiter verschärfen.

Unterbringung muss endlich neu gedacht und zielgruppenspezifisch ausgebaut werden. Sammelunterkünfte werden den unterschiedlichen Bedarfen der Betroffenen nicht gerecht – das müssen wir ändern. Familien und andere vulnerable Gruppen müssen dabei stärker berücksichtigt werden. Die bezirkliche Kinderschutzkoordination muss personell verstärkt werden, und wir brauchen berlinweite, einheitliche Standards für die Zusammenarbeit zwischen Wohnungslosenhilfe und Jugendämtern. Kinderschutzkonzepte müssen flächendeckend erstellt, regelmäßig kontrolliert und bei Nichteinhaltung konsequent sanktioniert werden.

Wir wollen außerdem mehr betreutes Wohnen für Jugendliche oder Jugendwohngruppen und Jugendwohngemeinschaften – und nicht weniger. Denn eine bislang völlig unberücksichtigte Betroffenengruppe sind junge Volljährige bis 21, die eigentlich noch im Jugendhilfesystem sein müssten, aber dort aufgrund von Haushaltslöchern zu oft nicht ankommen oder durch Haushaltskürzungen mit Erreichen der Volljährigkeit frühzeitig aus stationären Jugendhilfeeinrichtungen entlassen werden. Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und auch jungen Volljährigen in Obdachlosenunterkünften wird weiter ansteigen, wenn nicht endlich gehandelt wird.

Aus der Kommunalpolitik

Eine Million Nutzer*innen – und trotzdem wird gekürzt

Die Pankower Bezirksbibliothek hat einen bemerkenswerten Meilenstein erreicht: Der millionste Nutzer wurde kürzlich begrüßt. Diese Rekordmarke zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Einrichtung für unseren Bezirk ist. Doch hinter dieser Erfolgsmeldung verbirgt sich eine bittere Realität: Die Bibliothek leistet Übermenschliches – und das unter immer schwierigeren Bedingungen.
Trotz der Ansiedlung direkt bei der Bürgermeisterin fehlt es an politischer Priorisierung für den Kulturbereich. CDU, Grüne und FDP haben die Mittel für die Bibliotheken stark gekürzt. Nur durch massiven Druck konnte wenigstens der Mindestumfang des Medienetats (also Geld für die Aktualisierung des Medienbestands) nachträglich erhalten werden. Doch an allem anderen wird kräftig gekürzt.
Die Folgen sind gravierend: Besetzungen von Personalstellen ziehen sich über Monate hin und gefährden die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen. Die dringend benötigte Vergrößerung der Bibliothek an der Schönhauser Allee, wurde durch Streichung von Geldern für Miete ausgeschlossen. Das Personal muss mit immer weniger Ressourcen immer mehr leisten.
Die Mitarbeiter*innen der Bibliothek verdienen unsere Anerkennung für ihre hervorragende Arbeit. Aber sie verdienen auch angemessene Arbeitsbedingungen und eine Politik, die Kultur als das behandelt, was sie ist: unverzichtbar für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Die Million Nutzer*innen sind der beste Beweis dafür.

Von Jurik Stiller,
kulturpolitischer Sprecher

Auch ohne Gewobag: Mieterversammlung im Mühlenkiez

Dass die Wohnsituation im Mühlenviertel in Prenzlauer Berg sich verschlechtert hat, ist inzwischen kein Geheimnis mehr. Im November hatte die Berliner Morgenpost groß über die unhaltbaren Zustände, insbesondere in den Miethäusern der landeseigenen Gewobag, berichtet: Kaputte Fenster, Kakerlaken- und Mäusebefall und eine Hausverwaltung, die ihren Mieter*innen schlichtweg nicht antwortet. Und trotzdem sind fürs kommende Jahr wieder Mieterhöhungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen angekündigt!
Die verzweifelten Mieterinnen, die sich an die Presse gewandt hatten, forderten eine Mieterversammlung, die die Gewobag jedoch ablehnte. Schockiert davon, half die Linksfraktion den Mieter*innen, zu ihrem Recht zu kommen und übernahm die Organisation der Versammlung.
Am Abend war die KulturMarktHalle in der Hanns-Eisler-Straße gut besucht. Über fünfzig Mieterinnen und Mieter hatten sich eingefunden und berichteten ausführlich von den Zuständen in ihren Häusern. Diese reichen von verschmutzten Treppenaufgängen und defekten Aufzügen bis zu tagelangen Heizungs- und Wasserversorgungsausfällen im tiefsten Winter. Allen gemeinsam war aber: Auf Beschwerden und Hilferufe reagiert die Gewobag nicht oder nur sehr langsam. Allen Anwesenden war klar: So kann es nicht weitergehen!
Im Zuge der Veranstaltung wurde vielfach der Wunsch nach rechtlicher Beratung ge-

Referent*innen und Teilnehmende der Mieterversammlung am 15.01.2026.

äußert. Am 5. Februar 2026 organisiert die Linksfraktion daher als Folgeveranstaltung eine kostenlose Mietrechtsberatung mit der Mietrechtsanwältin Carola Handwerg, die sich nochmal Zeit nehmen wird, alle Fragen zu Rechtsansprüc hen, Sammelklagen und Mietminderung zu klären.
Wir lassen die Mieterinnen und Mieter der Gewobag nicht allein. Wir werden den Druck aufrechterhalten, um die Zustände im Mühlenkiez endlich zu verbessern!

Von Stefan Jagla,
Referent für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

So treten Sie mit uns in Kontakt

Die Linke
Fraktion in der BVV Pankow

Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.

In unseren thematischen Arbeitsgruppen können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:

Kennen Sie schon unseren Newsletter? Hier können Sie ihn abonnieren:

Folgen Sie uns auf Social Media:

www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint am 13. März 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.